



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung

Gemeinsamer Antrag

Datum 17.02.2009

Drucks. Nr. VO/0170/09
öffentlich

| | |
|-------------------|--------------------------------|
| Zur Sitzung am | Gremium |
| 25.03.2009 | Hauptausschuss |
| 30.03.2009 | Rat der Stadt Wuppertal |

Resolution "Leben für unsere Stadtteile"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen beschließen:

Der Rat der Stadt schließt sich der Resolution „Leben für unsere Stadtteile“ an.

Begründung:

Im Dezember 2008 hat das Land NRW bekannt gegeben, dass die Städtebaufördermittel für nicht investive Stadtteilprojekte nicht mehr ausgezahlt werden.

Darauf hin haben sich zahlreiche Wuppertalerinnen und Wuppertaler gegen diese Mittelkürzungen ausgesprochen und sich an verschiedenen Protestaktionen beteiligt.

Eine Grundlage der Aktionen war und ist die Resolution „Leben für unsere Stadtteile“, die am 12.01.2009 von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Stadtteilkonferenzen Ostersbaum und Arrenberg unterschrieben wurde. Als erste Einzelpersonen unterzeichneten Oberbürgermeister Peter Jung, Bürgermeister Lorenz Bahr und Dietmar Bell diese Resolution, viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler schlossen sich an.

Der Rat der Stadt bringt mit der Unterstützung der Resolution zum Ausdruck, dass es zur integrierten Stadtentwicklung keine Alternative gibt.

Mit freundlichem Gruß

Bernhard Simon, CDU
Fraktionsvorsitzender

Klaus-Jürgen Reese, SPD
Fraktionsvorsitzender

Gerta Siller, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktionssprecherin

Peter Vorsteher, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktionssprecher

Anlage:

Der Resolutionstext im Wortlaut

Resolution

Leben für unsere Stadtteile!

Wir, die für Quartiersentwicklung engagierten Bürger und Bürgerinnen der Stadt Wuppertal protestieren gegen die Ende Dezember vom Land Nordrhein-Westfalen vorgenommene Kürzung der Städtebaufördermittel für die integrierte Stadtteilentwicklung in Wuppertal. In den betroffenen Quartieren Wuppertals (von Oberbarmen über Unterbarmen, den Osternbaum, die Nordstadt und den Arrenberg) sind mehr als 75.000 Menschen unmittelbar von diesen Streichungen betroffen. Etwas mehr als Zwei Millionen Euro fehlen jetzt.

Was sind die Folgen?

Wuppertal ist eine schöne und lebenswerte Stadt. Leider sind ihre finanziellen Ressourcen wegen der massiven Belastungen des wirtschaftlichen Strukturwandels sehr begrenzt. Wuppertal muss sparen – ja, aber nicht am falschen Ende.

Was ist eine Kommune? Neben Straßen, Häusern und aller Infrastruktur sind die Menschen das Herz einer Stadt. Ohne die Menschen und ihre Begegnung, ihre Kommunikation, ihr gesellschaftliches Handeln in Ökonomie, Bildung, Kultur und Zusammenleben – ohne all dies ist eine Stadt ein toter Haufen Steine. Welche Standortfaktoren nennt dies die Fachöffentlichkeit. Braucht Wuppertal diese nicht mehr aus Sicht des Landes? Hat das Land unsere Stadt schon so weit abgeschrieben?

Was braucht eine Kommune? Kommunen brauchen und **Wuppertal hat** engagierte Menschen, die sich an vielen Stellen für die Stadt, die Stadtteile, die Ökonomie vor Ort usw. engagieren.

Für diese Menschen, insbesondere für die engagiert Mitwirkenden unter Ihnen, ist die Streichung der Städtebaufördermittel für nicht investive Stadtteilprojekte (und darunter versteht die Landesregierung Fassadensanierung, Bürgeraktivierung, Imageprojekte, Anti-Gewalt-Projekte, u.ä.) ein böser Schlag ins Gesicht. Diese Menschen sehen und sahen es als ihre Aufgabe an, das Leben in den Quartieren attraktiv und bewohnerfreundlich zu gestalten und einen Beitrag dazu zu leisten, dass Stadtteilentwicklung im Interesse und mit Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen geschieht.

Stadtentwicklung heißt nicht nur in Steine und Pflaster zu investieren sondern besonders in und für die dort lebenden Menschen. Das Land schreibt dies zwar in seine Hochglanzbroschüren. Die aktuelle Realität sieht anders aus.

Wir fordern von der Kommune Wuppertal und den verantwortlichen politischen Vertretern:

1. Massiven Protest auf allen Ebenen gegen diese eingeschränkte Sichtweise von integrierter Stadt – und Stadtteilentwicklung,
2. Vernetzung mit den ebenfalls betroffenen Kommunen, besonders aus der Bergischen Region und Bündelung allen Widerstandes,
3. umgehende, konstruktive und intensive Gespräche mit den verantwortlichen Stellen des Landes zur Lösung der Aufgabe, die integrierte Stadtteilentwicklung zu sichern.

Wir fordern vom Land NRW und den dort verantwortlichen politischen Vertretern:

1. Rücknahme der Kürzungen der Städtebaufördermittel und Realisierung aller – der investiven wie nicht investiven Projekte der Stadtteilentwicklung,
2. Unterstützung finanziell schwächerer Kommunen bei der Aufgabe, nicht nur bei den „harten“ sondern auch bei den „weichen“ Standortfaktoren positive Entwicklungen voranbringen zu können.
3. Förderung einer Infrastruktur für Bürger und BürgerInnen, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren, damit wir uns mit diesem Land identifizieren und dazu beitragen, dass unsere Stadt und dieses Land in seiner Gesamtheit zukunftsfähig werden.